

Parkplatz Deutsche Rentenversicherung, Sachstand und Planungsideen

- Antrag Stadträtin Sigi Hagl, Stadträte Stefan Gruber, Hans-Peter Summer, Tilman von Kuepach, Nr. 995 vom 09.09.2019
- Antrag Stadträtinnen Sigi Hagl und Maria E. Fick, Stadtrat Hans-Peter Summer, Nr. 1060 vom 20.01.2020

Gremium:	Bausenat	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	4	Zuständigkeit:	Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung
Sitzungsdatum:	02.10.2020 (23.07.2020 vertagt)	Stadt Landshut, den	23.09.2020
Sitzungsnummer:	6	Ersteller:	Geiner, Sonja Heilmeier-Dahme, Ingeborg Doll, Johannes

Vormerkung:

Für das Grundstück Fl.Nr. 911 an der Podewilsstraße, das heute als Parkplatz der Deutschen Rentenversicherung genutzt wird, wurden vom Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung mehrere Bebauungsoptionen entwickelt, um eine Basis für weitere Verhandlungen mit der Deutschen Rentenversicherung über die zukünftige Entwicklung des Bereichs zu erhalten. Auf Basis verschiedener Nutzungskonzepte mit einer Mischung aus Wohn-, Gewerbe- und Büronutzung wurden insbesondere die Auswirkungen auf den Stellplatzbedarf überprüft. Nachdem als unbedingte Forderung der Deutschen Rentenversicherung der Erhalt der heute ca. 360 Stellplätze während und über die Bauphase hinaus gegeben ist und ein zusätzlicher Stellplatzbedarf aus der jeweiligen Nutzung generiert wird, ergeben sich Rahmenbedingungen, die die Bebauungsoptionen entsprechend einschränken. Diese ersten Entwürfe wurden der Leitung der Deutschen Rentenversicherung in Landshut erörtert und von dieser Seite zwischenzeitlich auch auf Vorstandsebene thematisiert. Grundsätzlich wurde kommuniziert, dass von Seiten der Deutschen Rentenversicherung eine Aufwertung des Grundstücks und der Erhalt der geforderten Stellplätze grundsätzlich mit der Stadt als Partner weiter verfolgt werden kann. Als weitere Schritte wären denkbar, zunächst eine Vertiefung der Planungsüberlegungen beispielsweise durch einen städtebaulichen Ideenwettbewerb in Zusammenarbeit mit dem Grundstückseigentümer durchzuführen, um eine tragfähige Basis für Gespräche mit Investoren zu erhalten und die weiteren Detailfragen zu klären.

Beschlussvorschlag:

1. Vom Bericht der Referentin über den Sachstand wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis des vorliegenden Konzeptes weitere Verhandlungen mit der Deutschen Rentenversicherung über eine adäquate Nutzung des innenstadtnahen Grundstücks zu führen.
3. Den Anträgen Nr. 995 und 1060 ist mit der Beschlussfassung Rechnung getragen.

Anlagen:

- Anlage 1 – Potentialanalyse
- Anlage 2 – Antrag 995
- Anlage 3 – Antrag 1060

